

## Der Preis Europas

Mag. Stephan Weinberger  
gewerbl. gepr. u. unabh. Vermögensberater

2371 Hinterbrühl, Gaadnerstraße 18 b  
Tel. & Fax : +43 2236 45 0 74  
Mobiltel. : +43 664 15 22 146  
E-mail : office@weinberger-vif.at  
Homepage : www.weinberger-vif.at

Werte Klienten,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, dass Sie einen schönen Sommer verbracht haben. Eine der Voraussetzung dafür dürfte gewesen sein, dass Sie sich nicht mit den ‚grauslichen‘ Vorkommnissen an den Finanzmärkten beschäftigt haben. Zwischenzeitlich können wir auch vom ‚griechischen Drama‘ und der sogenannten ‚Griechenland-Hilfe‘ der EU nichts mehr hören. Das ist aber sehr wichtig für unsere Zukunft, denn de facto geht’s gar nicht vorrangig um Griechenland, sondern primär um nicht mehr und nicht weniger als den Fortbestand der Europäischen Union und den Erhalt des Bankensystems – aber darüber habe ich schon in meinem letzten Newsletter berichtet.

Denn wollte man nur Griechenland helfen, dann tut man das nicht, indem man dem Land mit Auflagen, die die Wirtschaftsleistung des Landes abwürgen, Unsummen von Euro borgt, die das Land ohnehin nie wieder wird zurückzahlen können, sondern indem man das Land aus dem Euro-Währungsraum entlässt.

Griechenland kann – und das ist ja zwischenzeitlich ein offenes Geheimnis - nur durch einen Schuldennachlass wieder auf die Beine kommen. Durch die Wiedereinführung der Drachme im Verhältnis 2:1 zum Euro würde das Land seine Staatsschulden schlagartig halbieren und könnte auch die Zinsen der griechischen Anleihen wieder in Drachmen bedienen. Mit diesem Schritt bliebe es wieder Griechenland überlassen, sein Wirtschaftssystem zu ordnen, sein Steuersystem zu reorganisieren, seine Verwaltung zu straffen, Privatisierungen durchzuführen und gegebenenfalls einen Lastenausgleich durchzuführen.

Warum man das nicht tut? Weil das, einerseits, die Glaubwürdigkeit dieser EU und Stärke(?) des Euro stark in Mitleidenschaft ziehen würde und das wiederum unserem ohnehin strauchelnden Währungssystem den Garaus machen könnte und andererseits, weil es in der EU keinen Plan B gibt. Noch eine Krise wie 2008 darf nicht passieren, weil die EU keinen Spielraum zu deren Bekämpfung mehr hat. Deswegen gilt auf EU-Niveau die Order, das Griechenland-Problem um jeden Preis zu lösen. Und zwar gleich so zu lösen, dass auch die Pleitegefahr der anderen in Schwierigkeiten geratenen EU-Ländern gebannt werden kann. Weil gelingt das nicht, dann dürfte das der Anfang vom Ende dieser Europäischen Union und des Euro in dieser Form sein.

In diesem Zusammenhang werde ich in letzter Zeit verständlicherweise immer öfter gefragt, was denn passiert bzw. was es für uns alle bedeuten würde, wenn der Euro kollabiert?

Diese Frage ist natürlich schwer zu beantworten, weil man über die Wucht der Auswirkungen nur spekulieren kann, aber zweifellos würde das alle EU-Länder in eine brutale Rezession mit allen bekannten negativen Auswirkungen stürzen.

Bräuchte eine Währungsreform die Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise oder würde so eine Reform die Situation nur noch verschlimmern?

Dazu Grundsätzliches: Papierwährungen sind dann einsturzgefährdet, wenn das Vertrauen in sie schwindet und die Angst um's Geld zunimmt. Dieser Prozess hat in letzter Zeit im Euroraum zweifellos an Dynamik gewonnen, doch ist der Euro an sich noch nicht währungsreformreif.

Schauen wir uns dazu einmal an, was bei den Währungsreformen 1923 und 1948 in Deutschland passierte. In beiden Jahren hatte

a) der enorme Geldüberhang über das Warenangebot zu Hyperinflation geführt, die verhinderte, dass sich die Wirtschaft neu organisieren konnte, weil kein funktionierender Finanzsektor mehr zur Verfügung stand, und

b) sich der Staat seiner in den Kriegen aufgehäuften und nicht mehr rückführbaren Schulden (Kriegsanleihen) entledigen müssen.

Die Voraussetzungen für eine derartige Hyperinflation gibt es derzeit nicht, ja es sind nicht einmal hyperinflationäre Tendenzen erkennbar, wodurch der Hauptgrund für eine Währungsreform momentan wegfällt. Die enorme Staatsverschuldung durch eine Währungsreform reduzieren zu wollen, würde keinen Sinn machen, weil es jetzt darum geht, die wirtschaftliche Produktivität und Nachfrage aufrecht zu erhalten. Da wäre eine Währungsreform kontraproduktiv. Erst wenn das Finanzwesen eines Landes oder eines Währungsraumes völlig zerrüttet ist, wird eine Neuordnung des Geldwesens mit dem Ziel der Wiederherstellung einer funktionsfähigen Geldwirtschaft in Angriff genommen werden, um eine wirtschaftliche Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Dass mit so einer Währungsreform die Vernichtung von viel Geld einhergeht, liegt auf der Hand, weil sich eine Krise, die durch eine zu große Geldmenge in Relation zu Gütern und Dienstleistungen entstanden ist, sich nur durch deutliche Reduktion dieser Geldmenge lösen lässt. Wie bei den Währungsreformen 1923 und 1948 würde ein Lastenausgleichsgesetz zu starke Ungerechtigkeiten bei der Währungsumwandlung mildern, doch wären die Auswirkungen katastrophal. Man kann jedenfalls nicht davon ausgehen, dass Schulden und Guthaben im gleichen Verhältnis schrumpfen, sondern - wie bei den letzten Währungsreformen auch - Guthaben deutlich stärker als Schulden.

Eine Währungsreform begünstigt natürlich die Besitzer von Sachwerten. Wer beispielsweise in Immobilien, Edelmetallen, aber auch weitestgehend krisenresistente Unternehmen investiert hatte, erlitt bei der Währungsreform kaum Verluste, im Gegensatz zu den vielen Sparern, deren Spar- und Bankguthaben, Pfandbriefe usw. sich geradezu pulverisierten. Das sollte man auch heute bei längerfristigen Veranlagungen und dem Aufbau einer Pensionsvorsorge im Hinterkopf haben.

So oder so ist unübersehbar, dass wir uns in einem globalen und epochalen Transformationsprozess befinden, der die nächsten Jahre bestimmen wird. Ob wir dabei unter die Räder kommen, wird von der Güte und Verantwortlichkeit der Politik sowie der Stärke des Solidaritätsgedankens abhängen. Momentan ist noch alles drin!